

Der unglückliche Unternehmer

ENTREPRENEURIAT Selbstständigkeit ist keine Garantie zum Glück

Jean-Philippe Schmit

Das Wirtschaftsministerium hatte gestern zu einer Pressekonferenz zum Thema Unternehmertum eingeladen. Die Verantwortlichen hatten zwei Punkte auf ihrer Agenda: eine Studie zum Entrepreneuriat und ein neues Online-Tool zur Selbstbewertung von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU).

„Das Entrepreneuriat führt zu Innovation und technischem Fortschritt. Es ist eine Quelle der Produktivität und dementsprechend ein starker Motor des Wirtschaftswachstums“, so definiert das Statistikinstitut Stateg das Unternehmertum.

Wirtschaftswachstum führt zu neuen Arbeitsplätzen – einem Ziel der Regierung. Aus diesem Grund wird in Luxemburg das Unternehmertum stark gefördert. Eine dieser Fördermaßnahmen ist ein neues Online-Tool des Wirtschaftsministeriums. Auf der elektronischen Plattform www.business-check.lu können KMU die Stärken und Schwächen ihrer Firma selbst ergründen.

Der Nutzer ist angehalten, sich anhand eines Fragebogens selbst zu bewerten und ergänzt diese Daten mit buchhalterischen Informationen. Das Tool bewertet nun die Eingaben – diese verlassen den PC des Nutzers, laut Staatssekretärin Francine Closerner, nicht, der Nutzer soll anonym bleiben – und beurteilt anschließend den Reifegrad des Unternehmens. Dazu erstellt die Plattform einen Bericht, in dem die Firma anhand von vier Schwerpunkten (Strategie, Organisation, Kundenmanagement und finanzielle Lage) bewertet wird und erteilt gegebenenfalls Verbesserungsvorschläge.

„Falls das KMU wünscht, die



V.l.: Charles Bassing, Gérard Eischen, Jaques Constantin, Francine Closerner, Serge Allegrezza, Laurent Solazzi

festgestellten Schwächen mit einem externen Berater aufzuarbeiten, übernimmt das Wirtschaftsministerium die Hälfte diese Kosten“, so die Staatssekretärin.

In Luxemburg werden die Unternehmer also unterstützt. Diese Tatsache spiegelt sich auch in der Studie wider, die vom Direktor des Stateg, Serge Allegrezza, vorgestellt wurde. Für die Studie wurden 2.074 erwachsene Bürger und 36 nationale Experten befragt.

Diese Experten gaben die Infrastruktur des Landes und die Regierungsprogramme als die Rahmenbedingungen an, die für das luxemburgische Unternehmertum am hilfreichsten seien. Die „unternehmerische Ausbildung“ in der Grundschule steht in der Studie an erster Stelle, was die größten Hindernisse für Firmenbesitzer betrifft.

Im Jahr 2014 gaben 7,1 Prozent der Befragten in Luxemburg an, aktiver Unternehmer zu sein. Damit liegt das Land im Mittelfeld der teilnehmenden Länder. Laut

Studie sind die USA das Land mit der höchsten und Japan das mit der niedrigsten Unternehmerquote. Der durchschnittliche Unternehmer aus Luxemburg sei männlich und zwischen 25 und 34 Jahre alt, so die Studie. Je älter die Befragten waren, umso kleiner wurde der Anteil an Unternehmern.

Die Angst vor Misserfolg

Die Hauptmotivation, die Luxemburger Einwohner zur Gründung einer Firma veranlasst, sei der Wunsch nach Selbstständigkeit. Nur für 18 Prozent spielt der Wunsch nach einem höheren Einkommen eine Rolle. Risikofreude scheint also keine luxemburgische Eigenschaft zu sein. Mit 50,7 Prozent der Antworten ist die Angst vor einem wirtschaftlichen Misserfolg das größte Hindernis, ein Geschäft zu starten. Damit liegt das Land über dem europäischen Durchschnitt. Dass die Luxemburger

ein risikoscheues Volk sind, lässt sich auch in einem weiteren Punkt der Untersuchung feststellen. Die Studie habe ergeben, dass „die Nicht-Luxemburger mehr Unternehmen gründen als Personen mit Luxemburger Pass“, so Serge Allegrezza. „Der Unternehmeranteil bei Immigranten der zweiten Generation passt sich dem der Luxemburger an.“ Die Zahlen des Stateg deuten darauf hin, dass es dem Unternehmertum in Luxemburg gut gehe. Im den vergangenen Jahren habe es deutlich mehr Gründungen als Geschäftsschließungen gegeben.

Die Studie hat aber gleichzeitig auch herausgefunden, dass das Unternehmertum unglücklich macht. Auf die Frage: „Sind Sie mit Ihrem Leben zufrieden?“ antworteten nur 69 Prozent der Unternehmer mit Ja, wohingegen dieser Anteil bei den abhängig Beschäftigten bei 81 Prozent liegt.

Weitere Infos www.business-check.lu

Kurz und knapp

ThyssenKrupp

VERKAUF VON WERK

ThyssenKrupp konzentriert sich bei seinem Krisenwerk in Brasilien auf Produktionsverbesserungen. Ein Verkauf stehe derzeit nicht auf der Agenda, sagte Brasilien-Chef Walter de Castro Medeiros am Montag zu Journalisten am Rande einer Veranstaltung. Langfristig könne die Zusammenarbeit mit einem anderen Unternehmen eine Lösung für die Probleme des CSA-Stahlwerks sein.

Trotz der schwächeren Landeswährung kämpfte die Fabrik weiterhin mit einer unzureichenden Nachfrage und Preisdruck. Bereits der Bau der Fabrik war von Schwierigkeiten wie Verzögerungen und Kostenexplosionen begleitet.

Revision

SAL.-OPPENHEIM-URTEIL

Der Mammut-Prozess gegen die ehemalige Führungsriege der Privatbank Sal. Oppenheim geht möglicherweise in die zweite Runde. Die Staatsanwaltschaft und einer der Verurteilten hätten gegen das Urteil des Kölner Landgerichtes Revision eingelegt, erklärten Gericht und Staatsanwaltschaft gestern und bestätigten damit einen Bericht des *Handelsblatts*.

Die anderen Verurteilten können noch bis morgen Donnerstag Revision einlegen. Bis das Urteil schriftlich vorliegt, dürften allerdings wegen des umfangreichen Verfahrens noch fünf bis sechs Wochen vergehen.

Kühne+Nagel

BÉNÉFICE EN HAUSSE

Kühne+Nagel a accru son bénéfice net de 4,2% sur un an au premier semestre à 326 millions de francs suisses (312 millions d'euros), a annoncé hier la société.

Le groupe suisse de transport et de logistique a inscrit cette performance malgré un effet de change négatif de 7,3% lié à l'appréciation du franc. Le chiffre d'affaires a pour sa part reculé de 3,2% pour s'établir à 8,23 milliards de francs suisses, a indiqué hier Kühne+Nagel.

Deutsche Bank

ERMITTLUNGEN

Der Geldwäsche-Verdacht bei der Deutschen Bank in Russland veranlasst die erste US-Behörde zu Ermittlungen. Die New Yorker Finanzaufsicht DFS habe nähere Informationen angefordert, sagte eine mit der Sache vertraute Person der Nachrichtenagentur Reuters gestern.

Dies sei ein normaler Vorgang, wenn der Dollar betroffen sei.

Die Zeitung *Financial Times* berichtete ebenfalls unter Berufung auf Insider und Dokumente, die DFS habe unter anderem E-Mails, Kundenlisten und die Namen der involvierten Mitarbeiter angefordert.

HypoVereinsbank betrieb Geldwäsche über Luxemburg

STEUERBEHÖRDEN Einigung steht offenbar kurz bevor

Die HypoVereinsbank (HVB) will einen juristischen Schlusstrich unter dubiose Geschäfte zulasten der deutschen Steuerbehörden ziehen.

Das Münchener Institut sei gegen eine Geldbuße zu einer Einigung mit der Staatsanwaltschaft Köln im Streit um problematische Geschäfte mit Aktien („Cum-Ex“) bereit, sagten zwei mit den Gesprächen vertraute Personen gestern der Nachrichtenagentur Reuters. Gleichzeitig habe die HVB auch eingeräumt, reichen Kunden bis 2010 über ihre ehemalige Tochter in Luxemburg Beihilfe zur Steuerhinterziehung geleistet zu haben.

Die *Süddeutsche Zeitung* berichtete gestern ohne Angabe von Quellen, die Bank müsse dafür zusammen etwas mehr als 20 Millionen Euro Bußgeld zahlen. Entsprechende Bescheide seien in den nächsten Wochen zu erwarten.

Die Staatsanwaltschaft Köln und die HVB wollten sich dazu nicht äußern, die Ermittler verwiesen auf das Steuergeheimnis.

Eine groß angelegte Razzia bei der Commerzbank wegen der fragwürdigen Luxemburg-Geschäfte hatte die gesamte Branche aufgeschreckt. Mehrere Banken hatten für ihre reiche Kundenschaft Gesellschaften in Steuerparadiesen eingerichtet, über die diese ihre Kapitalerträge verschleiern und dadurch Steuern sparen konnten. Die HVB räumte ein, ebenfalls solche Geschäfte gemacht zu haben, wie einer der Insider sagte. Allerdings hatte sie ihre Tochter in Luxemburg bereits 2010 an die genossenschaftliche DZ Bank verkauft.



Schwere Vorwürfe wegen dubioser Geschäfte

Für ihre Kooperationsbereitschaft könne die HVB nun darauf hoffen, dass die Buße vergleichsweise gering ausfällt, hieß es in Finanzkreisen.

Auch die HSH Nordbank habe entsprechende Unterlagen an die Ermittler übergeben, sagte ein anderer Insider. Die *Süddeutsche Zeitung* berichtete, die Commerzbank habe ein weit höheres Bußgeld zu erwarten als die HVB, weil es sich bei ihr um deutlich mehr Fälle handele. Die Commerzbank wollte sich dazu nicht äußern. Sie hatte im Februar von „Altfällen“ gesprochen.

In dem zweiten Streit geht es

um fragwürdige „Cum-Ex“-Geschäfte. Das waren Aktiengeschäfte, die um den Tag der Dividendenzahlung der jeweiligen Unternehmen herum getätigt wurden.

In der Folge erstatteten die Finanzbehörden die Kapitalertragssteuer auf die Dividende sowohl dem Käufer als auch dem Verkäufer der Aktie. Hier ermittelt die Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt federführend. Zuletzt hatte es bei der Deutschen Bank im Juni eine Razzia gegeben, betroffen sind neben der HVB auch Landesbanken wie die LBBW und die HSH.

Die HVB hatte eingeräumt, solche Transaktionen mit einem großen Kunden, aber auch auf eigene Rechnung gemacht zu haben. Die Bank und ihr – inzwischen gestorbenen – Kunde hatten zusammen 200 Millionen Euro an den Fiskus zurückgezahlt.

Ob es sich bei den „Cum-Ex“-Geschäften um Steuerhinterziehung handelt oder ob die Banken und ihre Kunden nur ein Schlupfloch im Gesetz ausgenutzt haben, ist umstritten. In letzter Instanz dürfte darüber der Bundesgerichtshof zu entscheiden haben.

Foto: AFP/Andreas Gebert